

« L'Allemagne et le choc de la mondialisation.
Crises économiques et blocage politique des réformes 1973-2003 »

Zusammenfassung der
Konferenz von Professor Konrad H. Jarausch,

Direktor des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF- Potsdam)
und Professor an der University of North Carolina, Chapel Hill

am 10. Mai 2007

Ort : Maison Heinrich Heine in Paris, organisiert vom CIERA

Im Zentrum des Vortrags von Professor Jarausch stand die Frage nach dem wirtschaftlichen Niedergang des « Deutschen Modells » angesichts der Globalisierung. Herr Jarausch unternahm den Versuch, den « Abstieg eines Superstars », wie manche Journalisten behaupten, mit Hilfe kulturhistorischer Annäherungen zu untersuchen. Im Zentrum der Analyse stand die Rekonstruktion der öffentlichen Debatten der letzten Jahrzehnte, die den Meinungswandel von sozialer Solidarität zu mehr Eigenverantwortung verdeutlichen. Jarausch nahm dabei sowohl eine deutsch-deutsche als auch eine europäische Vergleichsperspektive ein.

Mit vielfältigem Zahlenmaterial belegte Jarausch zu Beginn seines Vortrags die Massivität der wirtschaftlichen Krise in Deutschland und zeigte damit auch die Fallhöhe, die Deutschland ökonomisch seit dem ersten Ölpreisschock 1973 durchlaufen hatte. (Da der Vortrag vor allem die Zeit bis 2003 behandelte, tauchte der derzeit in Deutschland zu beobachtende Aufschwung erst im Schlusskapitel auf). Die « Krankengeschichte » West-Deutschlands resultierte - parallel zu den noch massiveren allerdings versteckten Problemen der DDR - nach Jarausch vor allem aus einem verschleppten Strukturwandel, in dem es neuen Industrien nicht gelang, wegbrechende Branchen in ausreichendem Mass zu ersetzen. Hauptresultat dieser Schwierigkeit war eine wachsende Arbeitslosigkeit, die sich nach der Vereinigung deutlich verstärkte.

Jarausch betonte, dass der Wandel vom « Musterknaben » zu einem « Sanierungsfall » nicht nur eine wirtschaftliche Krise bedeutete, sondern auch eine gravierende psychologische Dimensionen enthielt. Nach dem zweiten Weltkrieg hatte Deutschland einen grossen Teil seines Selbstbewusstseins aus dem erstaunlichen Wachstum seiner Wirtschaft gewonnen, so dass der Einbruch nun eine tiefe Verunsicherung bewirkte. Gewissheiten, die seit den 50er Jahren des 20. Jahrhunderts einen Konsens in der BRD garantiert hatten, standen plötzlich zur Disposition.

Im zweiten Teil zeigte Jarausch, dass dieser wirtschaftliche Niedergang zunächst kaum wahrgenommen und/oder falsch bewertet wurde. Bundeskanzler Helmut Schmidt z.B. verstand die Ölpreisschocks von 1973 und 1979 als « Wirtschaftskrise » und stufte diese als bewältigbar ein. Erst langsam nahm die Politik wahr, dass es sich um einen « weltwirtschaftlichen Strukturwandel » handelte, der über die Verteuerung der Energiegrundlage hinausging. Ab Mitte der 1970er Jahre benutzte die politische Klasse schliesslich den Begriff « Strukturwandel », glaubte aber, dass er nur Teile der Wirtschaft betreffe, z.B. einzelne Branchen wie die Kohleförderung, die Stahlproduktion und den Schiffsbau. Darüber hinaus ging die Politik davon aus, dass dieser Wandel auf einzelne Regionen wie die Saar und die Ruhr begrenzt bliebe. Jarausch betonte, dass man an diesen Reaktionen sehr genau ablesen könne, welche enormen Auswirkungen die Wahrnehmung von

Sachverhalten auf ihre Behandlung habe. Das Nichtwahrnehmen sowie das Nichtwahrhabenwollen seien im vorliegenden Fall dafür verantwortlich gewesen, dass die Lösung der Krise weiter verschleppt worden sei. Laut Jarausch hätte sich die Mehrzahl der deutschen Politiker wie auch die kritischen Intellektuellen und Wissenschaftler in ihrer Bewertung der Lage völlig verschätzt.

Erst unter Helmut Kohl habe die Bundesregierung den Strukturwandel offen thematisiert. Sie habe ihn dann gleichzeitig dazu benutzt, ihre « geistig moralische » Wende und den Ruf nach weniger Staat und mehr Selbstverantwortung zu rechtfertigen beziehungsweise teilweise durchzusetzen.

Im dritten Abschnitt zeigte Jarausch, dass sich an die schleppende Wahrnehmung des Strukturwandels in Deutschland ein Streit über die Lösung der Wirtschaftskrise anschloss, der ihre Behandlung weiter hinauszögerte. In der Debatte, ob die Krise durch stärkere staatliche Eingriffe oder durch mehr Marktliberalismus zu lösen sei, setzten sich letztlich die Neoliberalen durch. Die schrittweise Abkehr von Keynes manifestierte sich zunächst in den Empfehlungen der Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung. Ab 1982 plädierten diese für eine « Bereinigung von Strukturfehlern ». Diese Politik der « marktwirtschaftlichen Erneuerung » stiess jedoch auf dezidierte Ablehnung der Linken, die eine « Humanisierung der Arbeit » und einen « ökologischen Umbau der Industriegesellschaft » forderten. Argumentativen Flankenschutz erhielten die Neoliberalen von einer Reihe jüngerer Publizisten, deren prominentester Paul Nolte war. Nolte forderte eine Auflösung des Reformstaus sowie eine « andere Moderne » und propagierte eine neue Bürgerlichkeit.

Jarausch erklärte den Verlust der linken Deutungshoheit anhand des Schlüsselbegriffes der « Reform ». Unter dem sozialliberalen Kanzler Willy Brandt stand dieser als Chiffre für die Modernisierung des Bildungswesens und Ausbau des Sozialstaates zur Erhöhung von Chancen und Gerechtigkeit. Helmut Kohl vermied zunächst den Begriff Reform, bevor er schliesslich in Verbindung mit den Vorhaben wie der Steuer-, der Gesundheits- sowie der Rentenreform einen negativen Klang bekam und für die meisten Menschen gleichbedeutend mit Kostenbeteiligung, Arbeitszeitverlängerung und der Beschneidung von Leistungen wurde. Die mentale Krise in Deutschland wurde nach Jarausch von hartnäckigen Handlungsblockaden verstärkt, u.a. durch die komplexen Arrangements des Föderalismus, die eine schnelle Entscheidungsfindung erschwerten, durch neokorporative Formen der Konsensbildung, durch eine ausgeprägte Tendenz zur Verrechtlichung und Überregulierung.

Die von Helmut Kohl geforderte « geistig-moralische Wende » war der Hintergrund, vor dem Leistungskürzungen, Subventionsabbau, Reduzierung der Staatsquote sowie die Privatisierung vorangetrieben wurden. Allerdings machte Kohl nach dem Zusammenbruch der DDR beim Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft gravierende Fehler. Die Überbewertung der Ostmark, die schnelle Lohnangleichung an das Westniveau sowie die überstürzte, gewinnorientierte Privatisierung durch die Treuhand produzierten keine « blühende Landschaften », sondern Massenarbeitslosigkeit, deren Folgen die Sozialkassen strapazierten. Aufgrund der sich durch die Vereinigung erweiternden Krise stand Kohls Politik in den folgenden Jahren unter einem ständigen Reformdruck, ohne ihm wirklich gerecht zu werden. Bundespräsident Roman Herzog forderte deshalb in seiner berühmten Rede in Berlin « durch Deutschland müsse ein Ruck gehen ».

Die 1998 gewählte rot-grüne Regierung suchte zunächst einen « dritten Weg », auf dem sie Solidarität und Wettbewerbsfähigkeit verbinden wollte. Während der Rezession nach dem Kollaps des Neuen Marktes 2001/2002 war die Regierung dann allerdings gezwungen, neue Wege zu beschreiten. Mit der « Agenda 2010 » und den Hartz-Arbeitsmarktgesetzen begann sie einen tiefgreifenden Umbau der Sozialsysteme.

Die 2005 gewählte Grosse Koalition hat bisher von den Möglichkeiten zu Strukturreformen nur begrenzt Gebrauch gemacht. Sie verfolgt statt dessen eine « Politik der kleinen Schritte ». Der überraschende wirtschaftliche Aufschwung, die verbesserten Steuereinnahmen und die sinkenden Arbeitslosenzahlen nahmen den Reformdruck von der Politik. Professor Jarausch warnte allerdings davor, sich auf dem bisher Erreichten auszuruhen. Die verbleibenden Baustellen sieht er u.a. in dem Transferverlust in die neuen Bundesländer, der Sanierung der öffentlichen Haushalte, der Neuordnung der föderalen Finanzen, der Umkehrung des Bevölkerungsschwundes sowie der Bildungsmisere.

Die zentrale Aufgabe der kommenden Jahre liegt für Jarausch in der Bewältigung der Spannung zwischen Reformen, die die Wettbewerbsfähigkeit stärken und gleichzeitig die benötigte Solidarität wahren. Er fragte: Wie viele Einschnitte in gewohnte Leistungen werden notwendig sein, um Solidarität in Fällen abzusichern, in denen sie wirklich nötig ist. Professor Jarausch betonte, dass sich für ihn eine gelungene politische Auseinandersetzung mit dem Strukturwandel dadurch auszeichne, dass sie Menschen, die zur Zeit aus dem Arbeitsprozess ausgeschlossen seien, wieder in diesen und damit in die Gesellschaft zurückhole.

An den Vortrag schloss sich eine lebhafte Debatte an. Sie umfasste unter anderem Fragen nach dem Wert von Qualifikationen auf einem immer angespannteren Arbeitsmarkt, nach den Konsequenzen der Vorrangstellung von rein wirtschaftlichen Kriterien, die bisher tragende Werte und Prinzipien unreflektiert zur Disposition stellten, nach der Vorherrschaft eines neoliberalen Ansatzes, der alle Bereiche der Gesellschaft durchziehe, nach der Unterfinanzierung der deutschen Universitäten sowie der Gleichstellung von Mann und Frau. Der Vortrag hat gezeigt, wie sinnvoll und in der gegenwärtigen Debatte erhellend eine Langzeitperspektive der wirtschaftlichen Krisenphänomene in Deutschland sein kann.

Toni Lorenzen